

liche Theologie. Am bekanntesten davon ist der Gebrauch, den *Rudolf Bultmann* von begrifflichen Entwürfen des frühen Heidegger machte, indem er versuchte, die biblischen Aussagen „existentiell“ zu interpretieren. Dies wurde ein wichtiges Interpretationsprinzip. Aber es scheint, daß seine Bedeutung seither nachgelassen hat. Es scheint auch, daß dieses wichtige Motiv kaum an den Kern des Heideggerischen Gedankens herankam.

Man wird sagen müssen: Heidegger ist nicht sehr gegenwärtig in der heutigen Theologie. Aber stellen sich nicht von Heidegger zentrale Fragen gerade an die Theologie und an das, was sie zu denken hat? Eine solche Frage ist die nach der Herrschaft des vorstellenden und sich seiner Sache versichernden und bemächtigenden Denkens in der Theologie. Und die damit zusammenhängende Frage nach dem Fehl des göttlichen Gottes. Diese Frage ist mit einer wohl etwas kurzatmigen Tod-Gottes-Theologie kaum beantwortet. Und wie steht es mit Heideggers fragender Suche nach dem göttlichen Gott in der Theologie? Und was zum Wesen der Technik, d.h. der heutigen Zivilisation

von Heidegger gedacht wurde, ist, wie mir scheint, heute zu einer noch viel dringlicheren Frage geworden, seit die Entwicklung der Technik, etwa in den modernen Waffensystemen der USA oder der Sowjetunion die Gefahren, die mit der Technik und ihrem Segen mitgegeben sind, für jeden Denkenden überdeutlich gemacht hat. Die sog. politische Theologie europäischer oder lateinamerikanischer Prägung darf vielleicht verstanden werden als ein Anlauf in diese Richtung. Aber es darf gefragt werden, ob dieser Anlauf wirklich auf den Grund der Dinge kommt.

Sicher ist, daß von Heidegger her sich große und grundlegende Fragen gerade an die Theologie stellen. Es steht uns wohl noch bevor, uns ihnen wirklich zu öffnen und ihr Gewicht auszutragen. Insofern steht, wie ich glaube, die eigentliche Wirkung Heideggers auf die Theologie noch aus. Sie wird nicht auf dem großen Markt der Meinungen verhandelt werden können. Aber einige besinnlich Denkende können sich ihr widmen und auf dem Weg der großen Fragen, die uns Christen von Heidegger gestellt sind, einige Schritte vorwärts gehen. *Bernhard Welte*

Kurzinformationen

Die Rede Papst Pauls VI. im Geheimen Konsistorium am 24. Mai bei der Ernennung von 20 neuen Kardinälen (vgl. HK, Juni 1976, 322) fand starke Beachtung (vgl. *Osservatore Romano*, 24./25. 5. 76). Sie stand im Zeichen der Besorgnis des Papstes über die innerkirchliche Polarisierung. Nachdem Paul VI. verschiedene Zeichen der Hoffnung für die Kirche genannt hatte – er sprach von der spirituellen Lebendigkeit, von der Jugendlichkeit der Kirche, von der wachsenden Ausstrahlung des Gebots der Nächstenliebe, von der Blüte missionarischer Initiativen und von der Zunahme geistlicher Berufe –, kam er daran anschließend auf „Anlässe zur Bitterkeit“ zu sprechen. Unter ausdrücklicher Nennung von Erzbischof *Marcel Lefebvre* kritisierte der Papst zunächst die traditionalistischen Gruppen, „die systematisch die Lehren des Konzils zurückweisen“. Erzbischof Lefebvre stelle sich durch seine Haltung „außerhalb der Gemeinschaft mit dem Nachfolger Petri und insofern außerhalb der Kirche“. Besonders schwerwiegend sei es, daß die durch Lefebvre repräsentierte Gruppe die Spaltung in die Liturgie und die Eucharistiefeier hineinbringe. Man verweigere der Autorität von heute den Gehorsam im Namen jener von gestern. Mit „tiefer Bitterkeit, aber auch mit väterlicher Hoffnung“ wandte sich der Papst an „diesen Unseren Mitbruder, seine Mitarbeiter und alle, die sich von ihnen beeinflussen ließen“, sie mögen über die ersten Ermahnungen Christi über die Einheit der Kirche und über den dem legitimen Hirten geschuldeten Gehorsam nachdenken; „flehentlich“ bat sie der Papst, sich der Wunden bewußt zu sein, die sie der Kirche möglicherweise zufügen. Auf der anderen Seite des nachkonziliaren Spektrums wies Paul VI. eine Haltung zurück, die gegen die Autorität sich eine eigene Liturgie schaffe, in der die Sakramente nur noch als „Feier des eigenen Lebens oder des eigenen Kampfes bzw. als Symbol der Brüderlichkeit“ verstanden wür-

den (in diesem Zusammenhang fiel auch das Stichwort Interkommunion). Ferner beklagte der Papst eine Minimalisierung der lehrmäßigen Unterweisung in der Katechese oder deren Denaturierung gemäß den jeweiligen Interessenlagen und die Gefahr einer theologischen Neuinterpretation von Schrift und kirchlicher Lehre, die deren Inhalte aushöhle. Besonders eindringlich war – angesichts der Lage in Italien, die aber nicht direkt angesprochen wurde – die Warnung, „die transzendente Botschaft Christi, seine Ankündigung des Reiches Gottes, sein Gesetz der Liebe unter den Menschen, das in der geheimnisvollen Vaterschaft Gottes gründet“ nicht mit Ideologien zu vermischen, „die eine solche Botschaft wesentlich negieren und sie durch eine absolut antithetische Doktrin ersetzen“. Die dieser Richtung angehörenden Christen seien zwar nicht sehr zahlreich, würden aber mit ihrer leichtgläubigen Auffassung, sie würden das für das ganze christliche Volk Notwendige zum Ausdruck bringen und den irreversiblen Sinn der Geschichte kennen, erhebliches Aufsehen erregen. In Wirklichkeit werde aber ein „widernatürlicher Bund zwischen zwei Welten propagiert, die miteinander unvereinbar sind“. Der Papst schloß seine Ermahnung an beide Seiten mit den Worten: „Es ist jetzt nicht der Augenblick zur Abkehr, zur Fahnenflucht und zu Konzessionen, noch viel weniger der zur Furcht. Die Christen sind einfach gefordert, sie selbst zu sein, und sie werden es in dem Maße sein, wie sie der Kirche und dem Konzil treu sind.“ Es fügt sich in diesen Zusammenhang, daß Paul VI. bei seiner kurzen Mittagsansprache am Fest Christi Himmelfahrt – zuvor hatte er zusammen mit den neuen Kardinälen in St. Peter konzelebriert – die Funktion des Kardinalkollegiums herausstellte, die Einheit der Kirche über den ganzen Erdkreis hin sichtbar zu repräsentieren (vgl. *Osservatore Romano*, 28./29. 5. 76).

Die Synode der „Evangelischen Kirche der Union“ (EKU, urspr. „altpreußische Union“), die die Landeskirchen von Rheinland, Westfalen und Berlin-West umfaßt, prüfte in der dritten Maiwoche 1976 in Berlin-Spandau die Lage nach der organisatorischen Trennung von den Gliedkirchen in der DDR im Jahre 1968. Hauptthema war aber „Anfechtung und Gewißheit des Glaubens“. Unter diesem Titel wurde ernsthafte Selbstkritik geübt, wobei man u.a. feststellte, man solle von den Brüdern in der DDR, die durch ihren Synodalpräses Rechtsanwalt *Helmut Waitz* (Magdeburg) vertreten waren, „lernen“. Präses *Immer* erklärte, „die Gliedkirchen im Bereich Ost der EKU sind uns voraus“. Auch im Westen müsse man deutlicher machen, „daß wir uns als Christen allein durch das Evangelium und nicht durch eine antikommunistische, antikapitalistische oder sonstige Ideologie bestimmen lassen“ (epd, 24./25. 5. 76). Er beklagte es, daß der Gottesdienst in vielen Gemeinden „an den Rand des Interesses gerückt ist“. Hauptreferent zum Thema „Wie bleibt die Kirche heute bei ihrer Sache?“ war Prof. *Eberhard Jüngel* (Tübingen). Er warnte davor, daß die Kirche „sich unentwegt mit sich selber beschäftigt“. Nicht der vielberufene „Pluralismus“ in der Theologie sei eine Gefährdung des kirchlichen Lebens, sondern „die unglaubliche Zerstreuung kirchlichen Lebens und theologischer Arbeit“. Er mahnte zur Wiederentdeckung des Reichtums der Gottesdienste und forderte dafür eine „die eigene Welt wahrnehmende und verarbeitende Konzentration auf die biblische Erzählung der Geschichte unseres Konflikts mit Gott, der in der Konfliktperson Jesus Christus lösbar geworden ist“. Geistliche Konzentration führe nicht zum Nachlassen, sondern „zu einer Intensivierung der gesellschaftlichen, politischen und sozialen Verantwortung der Kirche“, zu einem Selbstbewußtsein, „daß ihr die wechselnde Nähe zu heute dieser und morgen jener parteipolitischen Position nicht zur Anfechtung wird“.

Durch eine nachträgliche Änderung wurde in das neue Parteiprogramm der SED ein Passus aufgenommen, der die Diskriminierung von DDR-Bürgern wegen ihres religiösen Bekenntnisses ausschließen soll. Ursprünglich war es nicht vorgesehen, die noch im Parteiprogramm von 1963 *expressis verbis* enthaltene „Gewährleistung der Religionsausübung“ in irgendeiner Form in das neue Parteiprogramm zu übernehmen. Im Programmentwurf, wie er dem IX. Parteitag der SED vorlag, fand sich überhaupt kein Hinweis auf Religion oder unterschiedliche Weltanschauungen (vgl. HK, Juni 1976, 283). Eine der 125 durch den Parteitag am ursprünglichen Entwurf angebrachten Korrekturen brachte doch noch eine Änderung in dieser Sache. Der diesbezüglich nun beschlossene Text lautet: „Der sozialistische Staat garantiert allen Bürgern die politischen Freiheiten und sozialen Rechte: das Recht auf Arbeit, auf Erholung, auf unentgeltliche Bildung und Schutz der Gesundheit, auf die materielle Sicherung im Alter und im Falle von Krankheit oder bei Verlust der Arbeitsfähigkeit; die Gleichberechtigung der Bürger unabhängig von rassischer und nationaler Zugehörigkeit, von Weltanschauung, religiösem Bekenntnis und sozialer Stellung.“ Daß es zu dieser unerwarteten Korrektur kam, ist auf kirchliche Interventionen von evangelischer Seite zurückzuführen. Bereits im April hatte Bischof *Albrecht Schönherr* in Bezug auf die Dokumente des IX. Parteitags seiner Besorgnis darüber Ausdruck gegeben, daß die SED die marxistisch-leninistische Weltanschauung für alle Bürger verbindlich durchsetzen wolle. Offenbar fanden diese Sorgen – vorgetragen von Kirchenvertretern, die mehrfach ihre Bereitschaft bekundet haben, „Kirche im Sozialismus“ zu praktizieren – das Ohr der Partei. Katholischerseits hat man

sich in die Auseinandersetzung um das Parteiprogramm nicht eingeschaltet, obwohl verschiedentlich dafür plädiert wurde. Bei aller Anerkennung der protestantischen Bemühungen zog es die katholische Kirchenführung offensichtlich vor, bei dem bewährten Prinzip zu verharren, nur die Verfassung und das Gesetz als Basis für ihr öffentliches Wirken in der DDR anzuerkennen, d. h. allein den Staat und nicht die Partei als Verhandlungspartner zu betrachten.

Schweizer Volk und Stände haben in der Volksabstimmung vom 13. Juni 1976 bei einer Stimmbeteiligung von 34,5 Prozent ein Darlehen der Schweizerischen Eidgenossenschaft an die Internationale Entwicklungsorganisation IDA mit 713855 Nein gegen 550557 Ja deutlich abgelehnt. Zustimmung fand die Vorlage nur in vier Kantonen, nämlich in Basel-Stadt, Tessin, Neuenburg und Genf. Die Eidgenössischen Räte hatten am 20. Juni 1975 den Bundesrat ermächtigt, mit der IDA ein Abkommen über ein Darlehen von 200 Millionen Franken als Beitrag der Schweiz, die nicht Mitglied der IDA ist, an die vierte Refinanzierung abzuschließen und zu ratifizieren. Nachdem den schweizerischen Beiträgen an die zweite (1969) und dritte Refinanzierung (1972) keine Opposition erwachsen war, ergriff 1975 die nationalistische Schweizerische Republikanische Bewegung unter der Führung von Nationalrat *James Schwarzenbach* erfolgreich das Staatsvertragsreferendum, so daß das Volk über das Darlehen abschließend zu entscheiden hatte. Die Referendums-träger ließen klar erkennen, daß sie das Darlehen bekämpfen wollten, weil sie gegen eine aktive Außenpolitik und gegen die multinationale Entwicklungspolitik sind. Im Hinblick auf die Volksabstimmung wurden die nationalistischen Kreise direkt vom konservativen Gewerbe und indirekt von den Schweizerischen Arbeitsgruppen für Entwicklungspolitik unterstützt. Diese entwicklungspolitisch engagierten, zugleich aber ideologisierten Gruppen bekämpften die Vorlage mit der Behauptung, die Weltbankgruppe mit der IDA leiste keine solidarische Entwicklungshilfe, es gehe ihr nur um die Integration aller Länder in eine Weltwirtschaft im Dienste der reichsten Industrieländer. Für die Vorlage trat die „öffentliche“ Schweiz ein: der Bundesrat, das Parlament (der Bundesbeschluss von 1975 kam im Nationalrat mit 127 Ja gegen 6 Nein und im Ständerat mit 34 Ja ohne Gegenstimme zustande), die Bundesverwaltung, alle Großen Parteien und auch die (vor allem exportorientierte) Wirtschaft. Im römisch-katholischen Raum trat der Aktions- und Stiftungsrat des Fastenopfers eindeutig, aber differenziert für das Darlehen ein, weil er eine kritische Auseinandersetzung mit einigen Methoden und Grundsätzen der Weltbank und IDA für notwendig hält, „damit der Sinn echter Entwicklungszusammenarbeit, nämlich die Solidarität mit den ärmsten Menschen auf der Welt, immer besser erkannt und erfüllt wird“. Die Interpretation des Abstimmungsergebnisses ist nicht einfach. Vieles spricht aber dafür, daß eine konservative Grundhaltung den Ausschlag gegeben hat. Denn die prozentual meisten Nein-Stimmen verzeichneten die agrarischen Kantone der Zentralschweiz; überdies wurde in der gleichen Volksabstimmung auch das verhältnismäßig fortschrittliche Bundesgesetz über die Raumplanung mit 654201 Nein gegen 626224 Ja abgelehnt, nachdem ein Vierteljahr vorher bereits die Mitbestimmungsvorlagen abgelehnt worden waren (HK, Mai 1976, 273). So ist das Abstimmungsergebnis „kein Verdikt gegen Entwicklungszusammenarbeit“ (NZZ, 14. 6. 76), hingegen deutlicher Hinweis, daß die Schweizer Stimmbürger für die Bereitschaft, sich an der multinationalen Entwicklungszusammenarbeit zu beteiligen, erst noch gewonnen werden müssen.

Vom 14. bis 16. Juni tagten in Paris der Ständige Rat und die Vorsitzenden der Kommissionen der französischen Bischofskonferenz. Der Erzbischof von Marseille und Vorsitzende der Bischofskonferenz, Roger Etchegaray, kam in seiner Rede zur Eröffnung der Arbeiten ausführlich auf die Ansprache des Papstes beim Geheimen Konsistorium zurück (s. oben). Auch er sprach von einer Störung des innerkirchlichen Gleichgewichts durch zwei entgegengesetzte extreme Pole, die gerade auch in Frankreich von Bedeutung sind. Was die Gruppen um Erzbischof Lefebvre betrifft, so erinnerte Etchegaray an die Bereitschaft der französischen Bischöfe, „diejenigen, die sich außerhalb der Seminare des französischen Episkopats auf das Priestertum vorbereiten, zu empfangen, um mit ihnen über ihre priesterliche Zukunft zu sprechen“. Im übrigen schloß er sich dem Aufruf des Papstes zur Versöhnungsbereitschaft an. Abschließend bekannte sich Etchegaray zu einer Kirche, „die sich nicht scheut, die Radikalisierung der Haltung des Glaubens zu fordern, und die fähig ist, im Wissen um die alles überbietende Größe Gottes ein kritisches Gespür für die falschen Totalitarismen zu entwickeln“. Diese Aussage, die wohl deutlich in Richtung der Katholiken mit radikalen politischen Optionen geht, wird noch unterstrichen durch die im Communiqué der Sitzung enthaltene Forderung des Ständigen Rates, die Katholiken müßten ihre politischen Entscheidungen – wenn auch ausgehend von verschiedenen Gesellschaftsanalysen und -zielen – immer in Kohärenz mit ihrem Glauben treffen. Der Christ dürfe sich nicht davon dispensieren, auch die in den verschiedenen politischen Programmen implizierten Menschenbilder sowie die historischen Realisationsformen von Ideologien im Lichte des Glaubens zu überprüfen. Diese Sätze sind wohl eine erste Reaktion der französischen Bischöfe auf den Versuch des Sekretärs der französischen KP, Georges Marchais, durch freundliche Äußerungen bei den Katholiken um Wählerstimmen zu werben. In eine ähnliche Richtung geht, was aus der bischöflichen Kommission für die „Welt des Arbeiters“ verlautete: der Glaube sei für den Christen der fundamentale Bezugspunkt, der deshalb allen Ideologien und Gesellschaftsanalysen übergeordnet sei. Gleichzeitig forderte die Kommission eine verstärkte Bemühung um die Arbeiterpastoral und eine Fortführung der in Angriff genommenen Arbeit an einer Analyse des Verhältnisses von Arbeitswelt und Glaube. Die Kommission für Liturgie und Sakramentenpastoral kündigte die Publikation mehrerer liturgischer „Wegweisungen“ an und gab eine Arbeit über die Pastoral der Ehe, besonders zwischen Getauften, aber nicht Glaubenden, in Auftrag. Im übrigen will man zur Beschäftigung mit Grundsatzfragen der Sakramentenpastoral motivieren (die Bedeutung der Gnade im Vollzug des Sakraments, der Sinn der Symbole, das Verhältnis von sakramentaler Feier und Evangelisation, die Bedeutung des Sonntagsgottesdienstes). Schließlich wurde noch für den Juni ein Treffen einiger Bischöfe mit Verantwortlichen charismatischer Gruppen angekündigt.

Schwere Auseinandersetzungen bei der Einführung eines neuen Bischofs in Togo haben das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in diesem westafrikanischen Land stark beeinträchtigt. Bis heute fehlt es sowohl an einer eindeutigen Erklärung für die Vorgänge als auch an einer Stellungnahme der Regierung. Der am 19. Dezember 1975 von Papst Paul VI. zum Apostolischen Administrator „sede plena“ der togolesischen Diözese Atakpamé ernannte Philippe Kossi Kpodzro war am 10. April zum Bischof von Atakpamé ernannt worden und sollte am 2. Mai 1976 bei einem Gottesdienst unter freiem Himmel in der Bischofsstadt in sein Amt eingeführt werden (vgl. DIA,

27. 5. 76). Zehn ausländische und einheimische Bischöfe, an ihrer Spitze Kardinal Paul Zoungrana von Ouagadougou in Obervolta, waren angereist. Wegen der geplanten Feier im Freien war kirchlicherseits bei den staatlichen Stellen um Ordnungskräfte gebeten worden, die einen ruhigen Ablauf garantieren sollten. Mündlich ließen die örtlichen Behörden am 30. April jedoch mitteilen, sie könnten diesen Ordnungsdienst nicht übernehmen. Zur Begründung hieß es, die Ernennung des neuen Bischofs sei irregulär, da der Staatschef vorher nicht konsultiert worden sei. Daraufhin entschloß man sich, die Ordination auf dem Gelände des Bischofssitzes abzuhalten. Erzbischof Robert Dosseh Anyron in der Hauptstadt Lomé wurde über den Stand der Dinge informiert. Der Sicherheitschef wurde aufgesucht, war jedoch nicht zu erreichen. Deshalb hinterließ ihm die kirchliche Abordnung eine Mitteilung über den Vorgang und die passive Haltung des Bürgermeisters von Atakpamé. Nachdem die sonst ebenfalls unter freiem Himmel übliche Messe zum 1. Mai auf Druck des Gewerkschaftsvorsitzenden in die Kathedrale verlegt worden war, formierte sich wenig später ein Umzug, der sich, angeleitet vom Bürgermeister, Richtung Bischofssitz bewegte. Dort fiel ein Teil der Gruppe über die Einrichtung her und richtete hohen Sachschaden und große Verwüstungen an. Auf mitgeführten Plakaten wurden Kardinal Zoungrana und der neue Bischof verhöhnt, ohne daß daraus hervorgegangen wäre, was speziell den Ausschlag für diese Demonstration gegeben hat. Unter diesen Umständen war selbst eine Feier in der Kathedrale nicht mehr sicher. Man beschloß deshalb eine Verlegung nach Lomé. Der dort ansässige Innenminister und andere staatliche Stellen konnten nicht erreicht werden, so daß keinerlei Vorkehrungen für die Sicherheit getroffen wurden. In der mit 4000 Menschen besetzten Kirche von Amoutivé in Lomé fand schließlich die Feier statt. Doch mittendrin kam die Mitteilung, daß sich Demonstranten näherten. Zusammen mit einem Trupp bewaffneter Polizisten stürmten sie wenig später die Kirche. Mit der Drohung zu schießen, forderten sie alle Anwesenden auf, sofort die Kirche zu räumen. Während die Zelebration bis zur Kommunikation fortgesetzt wurde, wurden die Gläubigen mit Schlägen aus der Kirche getrieben. Da festzustehen scheint, daß es keine Katholiken waren, die aus irgendwelchen Gründen mit der Ernennung nicht einverstanden waren, andererseits bisher antikirchliche Tendenzen kaum zu verspüren waren, bleiben die Motive und Hintergründe dieses einmaligen Vorganges vorläufig unbekannt. Kardinal Zoungrana und Bischof Bernard Agré von Man/Elfenbeinküste begaben sich am nächsten Tag zum Staatspräsidenten Etienne Gnassingbe Eyadéma, um ihm ein von acht afrikanischen Bischöfen unterzeichnetes Protestschreiben zu überreichen. Nähere Auskünfte über Reaktionen und Erklärungen liegen nicht vor.

Die christliche Opposition gegen das Regime Park Chung Hee in Südkorea wird immer härter verfolgt. Jetzt stehen 18 Christen vor Gericht wegen eines ökumenischen Gottesdienstes am 1. März. Vier Ordensfrauen, drei Seminaristen und drei katholische Priester waren Anfang April wegen der Verteilung eines die Regierung kritisierenden Gedichtes verhaftet worden. Während der Prozeß gegen die 18 Angeklagten weltweites Aufsehen erregte und noch nicht abgeschlossen ist, war über das Verfahren gegen die zweite Gruppe nur wenig zu erfahren. Das Kriegsrecht mit seinen verschärften Gesetzen besonders für die Presse macht es immer schwerer, exakte Informationen über Dissidenten und ihre Behandlung zu erhalten. Anfang April sickerte durch, daß nicht nur die Verhaftungen der zehn Katholiken stattgefunden hat, sondern fast gleichzeitig Hunderte Studenten die größten Colleges und Universitäten der Hauptstadt verlassen mußten.

Diese Maßnahme sollte wahrscheinlich den sonst gewöhnlich im Frühjahr an den Universitäten ausbrechenden Demonstrationen gegen die Regierung vorbeugen (NCNS, 7. 4. 76). Anfang Juni wurde bekannt, daß insgesamt sieben Katholiken Gefängnisstrafen von einem bis zu fünf Jahren erhalten haben. Mit der Vervielfältigung des Gedichtes und der Verteilung unter katholischen Studenten hätten sie gegen die Notstandsverordnungen verstoßen. Das Gedicht mit dem Titel „Eine Studie des Kreuzes“ kritisierte in satirischer Form die Regierung und war von dem 31-jährigen Jesuiten *Peter Kim* aus Seoul verfaßt worden. Er wurde mit fünf Jahren Haft am schwersten bestraft (NZZ, 7. 6. 76). Auch die Gruppe der 18 Christen hatte Kritik an der Regierung geübt. Mit einer „Erklärung zur demokratischen Befreiung des Vaterlandes“ hatten ursprünglich 12 prominente Theologen, Wissenschaftler und Politiker Südkoreas die Regierung *Park Chung Hee* zum Rücktritt aufgefordert. In der Erklärung, die am 1. März bei einem gemeinsamen Gottesdienst von Katholiken und Protestanten zum Unabhängigkeitstag in der Myong-Kathedrale von Seoul verlesen worden war (und erst spät außerhalb Koreas bekannt wurde), hieß es u. a., die Regierung habe das Land in eine

Katastrophe geführt, wieder einmal sei das Volk von einer diktatorischen Regierung gefesselt und die Gewaltenteilung bestehe nur noch auf dem Papier. Die Freiheit des Glaubens und des Gewissens werde immer weiter eingeschränkt, die Freiheit der Meinungsäußerung und die Selbständigkeit der Schulen seien aufgehoben. Die Anklage gegen die Unterzeichner und weitere Christen, die sich mit der Erklärung solidarisierten, lautete auf „Verschwörung zum Sturz der Regierung“. Der mittlerweile als „Zwischenfall vom 1. März“ geläufige Protest hat die Gemüter der Koreaner so erhitzt, daß sich sowohl die Regierung als auch Kardinal *Stephan Kim*, der Erzbischof von Seoul, zu Stellungnahmen veranlaßt sahen. Während die Regierung von ihrem Übersee-Informationsdienst eine ausführliche Broschüre mit teilweise ungeheuerlichen Beschuldigungen und Unterstellungen verbreiten läßt („Facts Behind Abuse of Religious Service“), stellte sich der Kardinal in einer Predigt hinter die Angeklagten (SNOP-Dokument, 29. 4. 76). Der Prozeß findet weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Führende Kirchenvertreter des Auslandes haben sich bei *Park Chung Hee* für die Beschuldigten eingesetzt, bisher jedoch ohne sichtbaren Erfolg.

Personen und Ereignisse

Der Pressesprecher des Vatikans, Prof. *Federico Alessandrini*, ist aus Altersgründen zurückgetreten. Alessandrini, bereits in seinen Jugendjahren im katholischen Akademikerverband und der Katholischen Aktion tätig und seit den dreißiger Jahren Journalist beim „Osservatore Romano“ hatte das Amt 1970 zunächst kommissarisch von seinem Vorgänger, Bischof *Fausto Vallainc*, übernommen. Er galt als Kenner kommunistischer Theorie und Geschichte, ein Thema, zu dem er sich häufig in der vatikanischen Wochenzeitung „Osservatore della Domenica“ geäußert hat. Nachfolger Alessandrinis wird – zunächst „zeitweilig“ – der italienische Combonianer-Missionar *P. Romeo Panciroli*.

Die Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (West) hat als Nachfolger von *Kurt Scharf* den bisherigen Landessuperintendenten von Stade (Landeskirche Hannover), *Martin Kruse*, gewählt. Mit ihm hatte *Peter Krusche*, Professor für praktische Theologie in München, für das schwierige Berliner Bischofsamt kandidiert. Der 47-jährige Kruse erhielt im dritten und letzten möglichen Wahlgang wesentlich mehr als die erforderlichen Zweidrittel der Stimmen. Der bisherige Bischof wertete das Wahlergebnis als einen Beweis für die Verständigungsbereitschaft innerhalb der West-Berliner Synode. Kruse, ein lutherischen Pfarrhaus entstammend und ehemals Schüler des berühmten Reformationshistorikers *Heinrich Bornkamm*, war früher an der Evangelischen Akademie in Loccum, als Gemeindepfarrer und als Studiendirektor des Predigerseminars Loccum tätig. Er gilt in seiner kirchlichen und theologischen Position allgemein als „Mann des Ausgleichs“.

Der Rat der EKD hat mit Wirkung vom 1. Februar 1977 Pastor *Heinz-Georg Binder* zu seinem neuen Bevollmächtigten am Sitz der Bundesregierung ernannt. Binder, zur Zeit Gemeindepfarrer in Bremen

und Vorsitzender der Kammer der EKD für publizistische Arbeit, tritt in seinem neuen Amt die Nachfolge von Bischof *Hermann Kunst* an, der die EKD gegenüber der Bundesrepublik seit deren Bestehen vertreten hat.

Für die Bereitschaft, Verantwortung für das künftige europäisch-afrikanische Zusammenleben mitzuübernehmen, hat der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, *Egon Bahr*, dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal *Julius Döpfner*, gedankt. In einem Schreiben an den Kardinal unterstrich der Minister, Döpfners Reise durch verschiedene afrikanische Staaten habe großes Interesse gefunden. Vor allem sein entschiedenes Eintreten „für Gerechtigkeit und Menschenwürde“ in Südafrika und Rhodesien habe ihn „sehr beeindruckt“.

Auf Einladung des bisherigen Bevollmächtigten der EKD am Sitz der Bundesregierung, Bischof *Hermann Kunst*, hielt sich der Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, *Philip Potter*, in Bonn auf. Seine politischen Gesprächspartner waren neben dem Bundespräsidenten und dem Bundeskanzler unter anderem der SPD-Vorsitzende *Willy Brandt* und CDU-Generalsekretär *Kurt Biedenkopf*. Daneben führte Potter auch Gespräche mit dem Apostolischen Nuntius, Erzbischof *Guido del Mestri*. Potter bezeichnete es als den wichtigsten Eindruck seines Aufenthaltes in Bonn, daß Regierung und Opposition in Bonn erkannt hätten, daß es für die brennenden Weltprobleme keine einfachen und klaren Lösungen gebe, sondern „daß wir miteinander um diese Lösungen ringen müssen“. Die Christen müßten sich mit allen Menschen guten Willens gegen die Gefahren für den Weltfrieden und gegen den „wachsenden Graben zwischen Armen und Reichen“ verbünden. Zur Situation zwischen den Kirchen sagte Potter, es gebe keinen Stillstand und erst recht keinen Rück-

schrift im ökumenischen Dialog. Der ökumenische Fortschritt finde jetzt da statt, „wo er stattfinden muß, auf der lokalen Ebene“.

Eine Delegation des vatikanischen Sekretariats für die Nichtchristen unter der Leitung seines Präsidenten, Kardinal *Sergio Pignedoli*, hielt sich zu Gesprächen und Begegnungen mit hohen Vertretern der schiitischen Richtung des Islam im Iran auf. Die katholischen Gesprächsteilnehmer zeigten sich überrascht von der Hochachtung, mit der die schiitischen Dialogpartner von Jesus Christus, der Jungfrau Maria und wichtigen katholischen Glaubenswahrheiten sprachen. Von schiitischer Seite wurde vorgeschlagen, möglichst bereits im kommenden Jahr die Kontakte wieder aufzunehmen und dabei vor allem Fragen zu besprechen, die sich aus der Konfrontation des Glaubens mit der modernen Welt ergeben. Als mögliche konkrete Themen wurden der Glaube an Gott in einer technisierten und säkularisierten Welt und die Erwartungen der Jugend an die Religionen ins Auge gefaßt. Im Laufe ihres Aufenthaltes in Persien wurde die vatikanische Gruppe auch von Schah *Reza Pahlavi* und hohen persischen Regierungsvertretern empfangen.

Der Metropolitansitz der rhodesischen Hauptstadt wird in Zukunft erstmals von einem einheimischen Erzbischof geleitet werden. Papst Paul VI. ernannte den bisherigen Weihbischof von Salisbury, *Patrick Chakaipa*, der dem Stamm der Shona angehört, erst 1965 zum Priester geweiht wurde und bereits seit drei Jahren als Weihbischof amtierte, zum neuen Metropolit. Kurz zuvor hatte der Papst das Rücktrittsgesuch des bisherigen Erzbischofs, des Engländers *Francis William Markall SJ*, angenommen.

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt vom Patris Verlag GmbH, Vallendar, bei.